

# umwelt aktuell



Informationen für Deutschland und Europa

Ob Brüssel Gesetze ändert, was in Berlin beschlossen wurde oder welche Brisanz eine neue Verbandsstudie hat – **umwelt aktuell** hält Sie auf dem Laufenden. Alles, was Sie als Profi oder Aktive im Bereich Naturschutz, Umwelt und Nachhaltigkeit wissen müssen, finden Sie hier – kompakt und übersichtlich, Monat für Monat.

## Die Rubriken

### ► Themen

Hier finden Sie Artikel zu den wichtigsten Entwicklungen. Wir analysieren die Hintergründe, befragen die Akteure und Expertinnen und benennen die Trends.

### ► Aktuell

Kurz und verständlich, nach Themenbereichen sortiert, informieren wir Sie hier über das aktuelle Umweltgeschehen.

### ► Verbände

Hier finden Sie Nachrichten zu den Aktivitäten der Verbände des Deutschen Naturschutzrings.

### ► Service

Mit unseren Rezensionen behalten Sie den Überblick über Fachliteratur und Internet. Dank der Termine verpassen Sie keine Veranstaltung mehr.

### ► ökopädNEWS

Neuigkeiten und Anregungen aus der Umweltbildung stellt die Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung für Sie zusammen.

## Fragen? Anregungen?

Schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an!  
Wir freuen uns über Ihre Rückmeldung.

### ► Redaktion umwelt aktuell

DNR, Matthias Bauer, Juliane Grüning,  
Marienstraße 10–20, D-10117 Berlin,  
Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, Fax -80,  
E-Mail [redaktion@dnr.de](mailto:redaktion@dnr.de)

### ► AbonentInnenservice

oekom verlag, Stefanie Gritsch,  
Tel. +49 (0)89 / 544184-25,  
E-Mail [gritsch@oekom.de](mailto:gritsch@oekom.de)

### ► Anzeigen

oekom verlag, Andrea Wolf,  
Tel. +49 (0)89 / 544184-34,  
E-Mail [wolf@oekom.de](mailto:wolf@oekom.de)

### AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	16
Landwirtschaft & Gentechnik	17
Naturschutz & Biodiversität	19
Stadt & Region	23
Tierschutz & Ethik	23
Umweltpolitik & Umweltrecht	24
Verkehr & Tourismus	25
Wasser & Meere	27
Wirtschaft & Unternehmen	29

### VERBÄNDE



Thema: Nachhaltigkeitsstrategie	30
Aus den Verbänden	31
Preise & Ausschreibungen	31

### SERVICE

Rezensionen	32
Internet	34
Neu erschienen	35
Impressum	35
Termine	36

### ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	37
Fußball-EM 2008: Nachhaltig(keit) am Ball?	

### THEMEN DES MONATS

Biodiversität

## Artensterben wird mit Geld belohnt

**Perverse Subventionen machen umweltschädigendes Verhalten wirtschaftlich**

Seite 2

Bergrecht

## Rudiment aus der Kaiserzeit

**Das Bundesberggesetz ist juristisch antiquiert, demokratiefeindlich und umweltpolitisch destruktiv**

Seite 4

Kraftstoffe aus Algen

## Der Tank bleibt leer

**Mikroalgenkulturen sollen den Treibstoff der Zukunft für die Motoren von gestern liefern**

Seite 6

Interview: Höhlenschutz

## „Den Untergrund einbeziehen“

**In Deutschlands Höhlen gibt es 3.000 Tierarten, die viel besser geschützt werden müssen**

Seite 21

## Biodiversität

# Artensterben wird mit Geld belohnt

Perverse Subventionen machen umweltschädigendes Verhalten wirtschaftlich

**Schneekanonen im Harz, ein Airbus-Werk im letzten Süßwasserwatt in Hamburg – umweltschädliches Verhalten gefährdet nicht nur die Biodiversität, es kostet die BürgerInnen auch immense Summen an Steuergeldern. Ohne Subventionen wäre die Zerstörung der Natur unrentabel. Allein die milliardenschweren Agrarsubventionen sind zu mindestens zwei Dritteln umweltschädlich. Doch Reformen sind machbar. ■ VON KAI SCHLEGELMILCH UND CHRISTIAN MEYER, FÖS\***

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) definiert umweltschädliche Subventionen als „alle Arten finanzieller Unterstützung und regulativer Instrumente, die eingesetzt werden, um die Wettbewerbsfähigkeit bestimmter Produkte, Prozesse oder Regionen zu erhöhen, und die, zusammen mit dem geltenden Steuersystem, (unbeabsichtigt) umweltschonendes Verhalten benachteiligen.“<sup>(1)</sup> Ein weit gefasster Subventionsbegriff bezieht indirekte finanzielle Vorteile sowie nicht internalisierte externe Umweltkosten ein. Umweltschädliche Subventionen und falsche Geldströme sind eine wesentliche Ursache für den weltweiten Verlust von Biodiversität. Ohne umweltschädliche Subventionen wäre Naturzerstörung oftmals nicht wirtschaftlich.

Das Problem ist seit Langem bekannt. Bereits auf der Rio-Konferenz 1992 wurde vereinbart:

- ▶ Die Abschaffung oder Reduzierung aller Subventionen, die nicht mit den Nachhaltigkeitszielen vereinbar sind.
- ▶ Die Reform existierender ökonomischer und finanzieller Anreize zur Erfüllung der Umwelt- und Entwicklungsziele.
- ▶ Die Produktpreise sollen im Einklang mit den Umwelt- und Entwicklungszielen stehen.

Seitdem ist wenig passiert, obwohl der menschengemachte Artenverlust heute tausendmal höher ist als die natürliche Verlustrate. Auch der Verlust von Lebensräumen ist heute so hoch wie nie. Wenn dieser Trend nicht gestoppt wird, droht in den nächsten 25 Jahren global die Ausrottung von 1,5 Millionen Tier- und Pflanzenarten. Damit geht auch ein enormer wirtschaft-

licher Verlust einher. Die EU-Kommission schätzt den Wert der Güter und Dienste, die das Ökosystem weltweit pro Jahr bereitstellt, auf 26 Billionen Euro.

Die Höhe der gesamten umweltschädlichen Subventionen ist nicht genau bekannt und wird oft verschleiert. Während das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) von der großen Spannweite von 0,5 bis 1,5 Billionen Dollar jährlich ausgeht, schätzen Kjellingbro und Skotte<sup>(2)</sup> die Zahl auf 485 bis 677 Milliarden Dollar (siehe Kasten).

## Billiges Essen und zerstörte Natur durch Agrar- und Fischereisubventionen

Größter Subventionsposten gegen die Biodiversität ist die Landwirtschaft. Hier spielen vor allem die EU und die USA eine unrühmliche Rolle. Sie verzerren mit Ex-

portsubventionen nicht nur den internationalen Wettbewerb und gefährden die Entwicklung der Länder des Südens, sie fördern auch besonders die umweltschädigende Agrargroßindustrie. Die OECD schätzt, dass nur knapp vier Prozent der Agrarsubventionen umweltpolitisch positiv wirken. Mehr als zwei Drittel sind dagegen eindeutig schädlich – besonders für die Biodiversität.

Die EU-Agrarsubventionen tragen auch in den Entwicklungsländern zur Zerstörung von Biodiversität bei. Die künstliche Verbilligung des Fleischkonsums in Europa führte zu einer massiven Ausweitung des Anbaus von Soja in Brasilien und Argentinien als Futtermittel für Rinder. Auch bei den relativ neuen EU-Subventionen für Agrokraftstoffe gibt es mit der indirekten Förderung des Ölpalmenanbaus in den Regenwaldgebieten Südostasiens und Südamerikas erhebliche ökologische Schäden. Eine Umorientierung der Agrarpolitik auf Nachhaltigkeitskriterien erfolgt viel zu langsam – so wird der Biodiversitätsverlust etwa durch Überdüngung der Ostsee weiter subventioniert.

Weltweit diskutiert werden auch die Fischfangsubventionen. Ihre Gesamtsumme ist mit rund 20 Milliarden Euro zwar relativ gering, der Schaden jedoch beträchtlich: 74 Prozent der Weltmeere gelten als überfischt. Keine andere Branche wird von nationalen Subventionen so stark gestützt wie die Fischerei. UNEP geht davon aus, dass die Subventionen heute etwa die Hälfte des Gesamtumsatzes der Fischwirtschaft ausmachen. Selbst die eigentlich unrentable, aber für die Biodiversität besonders schädliche Tiefseefischerei wird mit rund 152 Millionen Euro subventioniert.

### Subventionen weltweit

Branche	Subventionen:	
	Gesamt	Schädlich für Biodiversität
Landwirtschaft	376	207
Energie	85-244	64-216
Straßenverkehr	225-300	110-150
Wasser	69	50
Wald	35	35
Fischerei	20	19
<b>Summe</b>	<b>810-1.044</b>	<b>485-677</b>

Direkte Finanzhilfen in Milliarden US-Dollar.  
Quelle: Kjellingbro und Skotte<sup>(2)</sup>

## Vernichtung ganzer Landstriche

Wald-Lebensräume sind besonders artenreich. Es gibt aber viele Finanzregelungen, die direkt oder indirekt die Abholzung fördern. Diese reichen von Subventionen für in- und ausländische Holzfirmen und Sägewerke bis hin zur Erschließung des Regenwaldes für die Brandrodung durch gigantische Straßenbaumaßnahmen.

Auch der Bau von Staudämmen kann durch die Flutung ganzer Landstriche erhebliche Einschnitte bedeuten und wird dennoch durch nationale Subventionen wie auch durch Exportsubventionen aus dem Ausland gefördert. Hier wären in eine ökologisch-ökonomische Gesamtbilanz nicht nur die CO<sub>2</sub>-freie Stromproduktion, sondern alle ökologischen Folgekosten vom Hochwasserschutz bis hin zur Methanbildung in den Staubecken einzubeziehen.

## Verkehrspolitik in der Sackgasse

Von weltweit über 600 Milliarden US-Dollar Subventionen profitiert jährlich der Verkehrssektor. Mehr als zwei Drittel dieser Subventionen werden von KritikerInnen als „pervers“ eingestuft. In Europa betragen nach einer Studie der Europäischen Umweltagentur die Subventionen für den Straßen-, Bahn-, Luft- und Schiffsverkehr 269 bis 293 Milliarden Euro jährlich. Dabei fließt mehr als die Hälfte in den klimaschädlichen und durch Flächenverbrauch und sonstige Wirkungen besonders fatalen Ausbau der Infrastruktur. Rechnet man auch die externen Umwelt- und Klimaschäden von 650 Milliarden Euro durch den Verkehr hinzu, kommt man auf 919 bis 949 Milliarden Euro schädliche finanzielle Anreize. Die Einnahmen aus dem Sektor betragen dagegen nur 200 Milliarden. Der Großteil der Verkehrssubventionen wird von der Allgemeinheit finanziert.

## Negativbeispiel Deutschland

Auch die deutschen Energie- und Verkehrssubventionen einschließlich des Baus von Infrastruktur sind weiterhin zu hoch. Umweltverbände schätzten für 2006

allein die klimaschädlichen Subventionen und Steuervorteile auf 32 Milliarden Euro. Auch die Entfernungspauschale und die nicht am Flächenverbrauch orientierte Grundsteuer fördern weiter die Zersiedelung und Segmentierung der ökologischen Lebensräume. Immer wieder werden für einzelne Wirtschaftsjahre enorme Summen ausgegeben. Die Zerstörung des letzten großen Süßwasserwatts in Hamburg ist dafür nur ein besonders trauriges Beispiel. Hier ließen sich Bund und Land die Zerstörung des Mühlenberger Lochs zur Ausweitung des Airbus-Werkes über 2,3 Milliarden Euro kosten. Auch der Ausbau von Elbe, Saale und Havel soll in den nächsten Jahren mit bis zu 4,6 Milliarden Euro subventioniert werden. Schneekanonen im Nationalpark Harz fördert das Land Niedersachsen mit 1,4 Millionen Euro.

Die OECD kam in ihrem Umweltprüfbericht 2001 bereits zu dem Schluss, dass 35 Prozent der Subventionen in Deutschland als umweltschädlich eingestuft werden müssen.

## Die ersten Regierungen wachen auf

Dabei wäre nur ein Bruchteil der Subventionsmittel nötig, um für den Biodiversitätsschutz viel zu erreichen. Im Vorfeld des Umweltgipfels von Johannesburg 2002 ermittelte ein internationales Wissenschaftlerteam ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von Naturschutz und wirtschaftlicher Nutzung von 115 : 1. Das bedeutet: Ein globales Schutzprogramm für Land und Wasser, das jährlich etwa 45 Milliarden US-Dollar kostet, würde einen Nutzen von bis zu 5.200 Milliarden US-Dollar erbringen.

Die Zeichen für einen allgemeinen Abbau umweltschädlicher Subventionen stehen günstig. Die Landwirtschaftserträge sind gestiegen, das allgemeine Bewusstsein für eine ökologische Wende ist gewachsen; bei der Fischereipolitik zwingen sinkende Erträge zu einem Umdenken. Der wirtschaftliche Wert von Wäldern, Feuchtgebieten und Mooren für den Klimaschutz und die weltweite Biodiversität geraten zunehmend in den Blick. Und es gibt gute Beispiele für den Abbau umweltschädlicher Subventionen:

- ▶ Neuseeland hat seine Agrarsubventionen seit den 1980er-Jahren fast komplett abgeschafft. Heute gibt es hier mehr Bauern als zum Zeitpunkt des Beginns des Subventionsabbaus.
  - ▶ Russland hat seine Subventionen für fossile Energien von 29 Milliarden US-Dollar auf etwa neun Milliarden gesenkt, China von 25 auf zehn Milliarden.
  - ▶ Indonesien hat die Düngemittelsubventionen von 732 Millionen US-Dollar auf 96 Millionen Dollar gesenkt, Pakistan von 178 Millionen auf zwei Millionen.
- Das zeigt: Reformen sind machbar. Sie müssen aber auch von den Umweltverbänden verstärkt eingefordert werden. Der Präsident des Umweltbundesamtes Andreas Troge sagte einmal: „Solange die Wirkungen umweltschädlicher Subventionen auf die Umwelt nicht korrigiert sind, wird der Umweltschutz auf finanzielle Forderungen zurückgreifen müssen.“<sup>(3)</sup>

## Anmerkungen

- ▶ (1) OECD (1998): Improving the environment through reducing subsidies. Band 3. Teil 1. Paris, S. 7 (frei übersetzt)
- ▶ (2) Kjellingbro, P. M.; Skotte, M. (2005): Environmentally harmful subsidies. Linkages between subsidies, the environment and the economy. Kopenhagen, S. 2
- ▶ (3) [www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2003/pd05503.htm](http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2003/pd05503.htm)

\* Dieser Beitrag stellt eine persönliche Meinungsäußerung dar. Die dem Text zugrunde liegende Studie der Autoren im Internet: [www.foes.de/de/downloads/studien/subventionsstudie.pdf](http://www.foes.de/de/downloads/studien/subventionsstudie.pdf)

Kai Schlegelmilch ist Volkswirt und stellvertretender Vorsitzender des Fördervereins Ökologische Steuerreform (FÖS). Er arbeitet seit 1999 beim Bundesumweltministerium.



Sozialwissenschaftler Christian Meyer war vier Jahre FÖS-Geschäftsführer und ist jetzt Naturschutz- und Agrarsprecher der Grünen im niedersächsischen Landtag.



Kontakt:  
Tel. +49 (0)89 / 520113-13,  
E-Mail: [foes@foes.de](mailto:foes@foes.de),  
[www.foes.de](http://www.foes.de)

## THEMA

## Aus der Nachhaltigkeitsstrategie muss endlich Regierungspolitik werden

Die Bundesregierung hat den Fortschrittsbericht 2008 zu ihrer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie veröffentlicht. Neben einer Zwischenbilanz sollte auch die Strategie selbst fortgeschrieben werden. Die Umweltverbände loben einige Initiativen darin wie die Nachhaltigkeitsprüfung in der Gesetzesfolgenabschätzung, fordern aber deutlich ehrgeizigere Ziele bei Ökolandbau, Klimaschutz und Flächenverbrauch.

Die Bundesregierung wird ihre Nachhaltigkeitsziele verfehlen, wenn die 2002 beschlossene nationale Nachhaltigkeitsstrategie nicht stärker in die Regierungspolitik Eingang findet. Dieser Überzeugung sind der Deutsche Naturschutzring (DNR), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Naturschutzbund (NABU). Im Mai hatte die Regierung den Entwurf ihres Fortschrittsberichts 2008 zur Nachhaltigkeitsstrategie vorgestellt. Die Verbände vermissen darin vor allem ausreichende Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz, Ökolandbau und Flächenverbrauch.

### CO<sub>2</sub>-Reduktion noch zu unverbindlich

DNR-Präsident Hubert Weinzierl forderte die Bundesregierung auf, sich auch unabhängig von den europäischen Kli-

maschutzzielen darauf festzulegen, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren. „Mit den aktuellen Gesetzesvorlagen zur Umsetzung der Meseberg-Beschlüsse kann diese Reduktion jedoch nicht erreicht werden“, mahnte Weinzierl. Hier müsse die Bundesregierung nachbessern. Bis zum Jahr 2050 müsse sich der Pro-Kopf-Ausstoß auf maximal zwei Tonnen CO<sub>2</sub> verringern. Auch dieses Ziel will der DNR-Präsident in die Nachhaltigkeitsstrategie aufgenommen wissen.

### Flächenfraß nicht länger belohnen

Eine drastische Reduzierung des Flächenverbrauchs forderte NABU-Vizepräsident Thomas Tennhardt. Bund und Länder seien hier gefordert, „falsch ausgerichtete Subventionen und falsche steuerliche An-

reize in Richtung Flächensparen, Flächeneffizienz und Gebäudebestandsentwicklung umzulenken“. Zentral sei dabei eine ökologische Reform des Gemeindefinanzsystems, mit der auch eine Entlastung der öffentlichen Haushalte einhergehen müsse.

### Österreich zeigt, was Ökolandbau kann

Hubert Weiger, BUND-Vorsitzender, kritisierte das Fehlen einer Frist für die angestrebte Ausweitung des ökologischen Landbaus auf ein Fünftel der Fläche. „Das Jahr 2015 als Stichdatum, um das 20-Prozent-Ziel zu erreichen, ist erforderlich und realistisch“, sagte Weiger. Die Bundesregierung solle sich ein gutes Beispiel an Österreich nehmen. Das Alpenland hat bereits heute 13 Prozent Ökolandbaufläche erreicht, wogegen der Anteil in Deutschland seit einigen Jahren konstant bei knapp fünf Prozent liegt. Hierzulande müsse fast die Hälfte der Ökoprodukte importiert werden, während die Nachfrage rasant wachse, kritisierte der BUND-Vorsitzende. „Damit wird eine große wirtschaftliche Chance vertan.“ Die Bundesregierung trage wesentlich zur Stagnation der ökologischen Anbaufläche bei, so Weiger. So schütze die neue Gentechnikgesetzgebung nicht vor Ernteschäden durch Gentechnik-Einträge. Auch müsse die staatliche Förderung während der zweijährigen Umstellungszeit deutlich erhöht werden.

### Öffentliche Mittel nachhaltig ausgeben

DNR, BUND und NABU forderten die Bundesregierung außerdem auf, ein Zeichen zu setzen und klare Nachhaltigkeitskriterien für das öffentliche Beschaffungswesen vorzuschreiben. Mit 250 Milliarden Euro Ausgaben im Jahr hätten Bund, Länder und Kommunen eine Marktmacht, die sie ökologisch und sozial verantwortlich nutzen müssten.

Die „Poesie“ der Toblacher Thesen war Herzblut für die Nachhaltigkeit.  
„Langsamer, weniger, besser, schöner“ – seine konkrete Vision eines ökologischen Wohlstands, des solaren Zeitalters, einer Zukunft in Schönheit.

Gründer der „Toblacher Gespräche“ und des Öko-Instituts Bozen,  
Unternehmensberater, Bergsteiger, Maler und Soziologe

## Dr. Hans Glauber

\* 2. September 1933 † 24. April 2008

Du hast uns inspiriert und ermutigt.

Wir verlieren einen unbeirrbareren Mitstreiter  
und warmherzigen Freund.

Dr. Günther Bachmann  
Prof. Christiane Busch-Lüty  
Prof. Eckart Hildebrandt  
Dr. Hildegard Kurt  
Heike Leitschuh  
Prof. Reinhard Pfriem

Jacob Radloff  
Prof. Wolfgang Sachs  
Dr. Irmgard Schultz  
Beate Weber  
Christine von Weizsäcker  
Dr. Angelika Zahrnt

Trotz der grundsätzlichen Kritik hoben die Umweltverbände hervor, dass die Konzeption der Nachhaltigkeitsstrategie mit dem nun vorliegenden Fortschrittsbericht positiv weiterentwickelt worden sei. Unter anderem seien neue Initiativen wie die Nachhaltigkeitsprüfung in der Gesetzesfolgenabschätzung vorgesehen. [mb]

- ▶ DNR, Nachhaltigkeitsexpertin Annette Littmeier, Tel. +49 (0)30 / 678177586, [www.dnr.de](http://www.dnr.de)
- ▶ BUND, Nachhaltigkeitsexpertin Christine Wenzl, Tel. +49 (0)30 / 27586462, [www.bund.net](http://www.bund.net)
- ▶ NABU, Nachhaltigkeitsreferentin Evelyn Faust, Tel. +49 (0)30 / 2849841132, [www.nabu.de](http://www.nabu.de)

## AUS DEN VERBÄNDEN

### Perspektivenkonferenz

## Kommunaler Klimaschutz

■ Eine Konferenz zu „Perspektiven des kommunalen Klimaschutzes“ veranstalten das Bundesumweltministerium und die kommunalen Spitzenverbände zusammen mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) am 19. Juni in Berlin. Klimaschutz müsse an vielen Orten umgesetzt werden, erklärten die Veranstalter, auch in Schulen, Sportstätten, Verwaltungsgebäuden oder Schwimmhallen. Damit kämen neue technologische, ökonomische und ökologische Herausforderungen auf die Kommunen zu. Damit sie dafür besser gerüstet sind, stellt die Konferenz in Kurzfilmen und Podiumsdiskussionen mehrere „Leuchtturmprojekte“ vor, die zum Nachahmen anregen sollen. Experten informieren über Finanzierungsmöglichkeiten. Am Beispiel der Energieregion Barnim-Uckermark (Brandenburg) werden Möglichkeiten regionaler Wirtschaftsförderung durch Klimaschutz vorgestellt. Das Tagungsprogramm und ein Anmeldeformular stehen im Internet. [mb]

- ▶ [www.difu.de/seminare](http://www.difu.de/seminare) (19. Juni 2008)
- ▶ Agentur neues handeln, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 288837828, E-Mail: [mail@neueshandeln.de](mailto:mail@neueshandeln.de)

## PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

### Zukunftspreis Naturschutz

## Zehn im Finale bei idee.natur

■ Der Bundeswettbewerb „idee.natur“ hat die zehn besten von 122 eingereichten Projektideen gewürdigt. Am 15. Mai nahmen die Sieger der Kategorien Wälder, Moore und urbane/industrielle Landschaften ihre mit je 10.000 Euro dotierten Preise entgegen. Den Ausschlag gaben die bundesweite Bedeutung der Projektgebiete, ihr Potenzial für eine Inwertsetzung der Naturlandschaft und die Umsetzungschancen. Unter den Preisträgern sind die Allgäuer Moorallianz und das Lebensnetz Dresden. Bis Ende des Jahres müssen die Preisträger nun ihre Konzepte weiter ausarbeiten, um den Hauptgewinn, eine zwölfjährige finanzielle Unterstützung des Bundesumweltministeriums, zu erkämpfen. [tt]

- ▶ Bundeswettbewerb idee.natur, c/o Nova-Institut, Hürth, Tel. +49 (0)2233 / 4814-40, Fax -50, E-Mail: [info@idee-natur.de](mailto:info@idee-natur.de), [www.idee-natur.de](http://www.idee-natur.de)

### Umwelt-Kinder-Tag

## Kinder retten Wildkatzen

■ Der Umwelt-Kinder-Tag der BUNDjugend nimmt dieses Jahr mit dem Motto „Bunte Vielfalt schützen“ Bezug auf die UN-Biodiversitätskonferenz. Kinder bis zwölf Jahre sind aufgerufen, sich mit Spielen, Experimenten und Naturschutzaktionen der biologischen und kulturellen Vielfalt anzunehmen. Zwischen dem 1. Mai und dem 1. September können sie einen oder mehrere Tage auswählen und zu ihrem eigenen Umwelt-Kinder-Tag erklären. Für jede dokumentierte Einsendung einer Aktion gibt ein Sponsor fünf Euro für das BUND-Projekt „Rettungsnetz Wildkatze“. [io]

- ▶ BUNDjugend, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 27586586, E-Mail: [umweltkindertag@bundjugend.de](mailto:umweltkindertag@bundjugend.de), [www.umweltkindertag.de](http://www.umweltkindertag.de)

### Schüler-Ideenwettbewerb

## Wasserdetektive gesucht

■ Die Vereinigung Deutscher Gewässerschutz hat einen Ideenwettbewerb für Kinder und Jugendliche ab zehn Jahren gestartet. Unter dem Motto „Ich sehe Wasser, was du nicht siehst“ ruft der Verband dazu auf, Dinge des Alltags auf ihren indirekten Wassergehalt und -verbrauch – das sogenannte virtuelle Wasser – zu untersuchen. Dabei sollen Fragen geklärt werden wie: Auf welche Weise ist unser Lebensstil Mitverursacher von Wasserknappheit in anderen Ländern der Erde? Kann eine bewusste Lebensweise zur schonenden Wassernutzung beitragen? Bei der Gestaltung der Beiträge können die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihrer Kreativität freien Lauf lassen. Von Projektwochen bis hin zu Werbeanzeigen oder Filmen ist alles erlaubt. Einsendeschluss für die Beiträge ist der 31. Oktober. [tt]

- ▶ Vereinigung Deutscher Gewässerschutz, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 375-007, Fax -515, [www.virtuelles-wasser.de](http://www.virtuelles-wasser.de)

### Bürgerengagement Niedersachsen

## Unbezahlbar und freiwillig

■ Der „Niedersachsenpreis für Bürgerengagement 2008“ wird in diesem Jahr zum fünften Mal ausgeschrieben. Bis zum 1. Juli können Einzelpersonen, Vereinigungen, Initiativen und Gruppen ihre Bewerbungsunterlagen einreichen. Preise bis insgesamt 32.500 Euro können vergeben werden. Getragen wird der Preis von der Landesregierung, den Sparkassen und dem Versicherungsunternehmen VGH. Er soll das bürgerschaftliche Engagement stärker in die Öffentlichkeit rücken. Mit einem Sonderpreis soll in diesem Jahr das Engagement für und mit Kindern gefördert werden. [mb]

- ▶ Niedersächsische Staatskanzlei, Thomas Böhme, Hannover, Tel. +49 (0)511 / 120-6739, Fax -99-, E-Mail: [thomas.boehme@stk.niedersachsen.de](mailto:thomas.boehme@stk.niedersachsen.de), [www.unbezahlbarundfreiwillig.de](http://www.unbezahlbarundfreiwillig.de)

# Abonnement

# Testen Sie umwelt aktuell

Als LeserIn von **umwelt aktuell** sind Sie in guter Gesellschaft. Fachleute und Engagierte aus dem Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich wissen die Vorteile eines **umwelt aktuell**-Abonnements zu schätzen:

- ▶ Mit einem Abonnement verpassen Sie keine Ausgabe.
- ▶ **umwelt aktuell** erscheint monatlich. Das Abo läuft ein Jahr und verlängert sich automatisch. Sind Sie an einer Fortsetzung nicht interessiert, kündigen Sie spätestens sechs Wochen vor Ablauf des Abonnements.
- ▶ Zum Bestellen eines Abos schicken oder faxen Sie die beiliegende Postkarte an unseren LeserInnenservice. Oder Sie bestellen einfach unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de).

## Ein Jahresabonnement kostet für

- ▶ Privatpersonen 58,- € / 92,80 CHF,
- ▶ Institutionen und Unternehmen 98,- € / 156,80 CHF,
- ▶ Studierende (mit Nachweis) 44,- € / 70,40 CHF.

Alle Preise inklusive Mehrwertsteuer, zuzüglich Porto- und Versandkosten.

## Zusätzlich zum Heftabo können Sie ein Online-Abo bestellen:

Gegen einen Aufpreis von 49,- € / 78,40 CHF erhalten Sie jede Ausgabe zum Erscheinungstermin als pdf-Datei zugesandt.

**Bankverbindung:** Postgiroamt München, BLZ 700 100 80, Konto 358 744 803

Für 12,- € oder 19,20 CHF erhalten Sie ein vergünstigtes **Probeabonnement**, beginnend mit der jeweils aktuellen Ausgabe. Wenn Ihnen **umwelt aktuell** gefällt und Sie nicht bis spätestens zehn Tage nach Erhalt des dritten Heftes schriftlich kündigen, erhalten Sie **umwelt aktuell** automatisch im regulären Abonnement.

## LeserInnenservice, Bestellung, Vertrieb

Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG  
Auslieferung oekom verlag  
Andrea Seitz  
Justus-von-Liebig-Straße 1  
86899 Landsberg am Lech  
Tel. +49 (0)8191 / 97000-378, Fax -1 03  
E-Mail [oekom@de.rhenus.com](mailto:oekom@de.rhenus.com)

## Der Herausgeber

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) engagiert sich seit 1950 für die Bewahrung der biologischen Vielfalt, eine ökologisch nachhaltige Wirtschaft und eine zukunftsfähige Lebensweise.

Als Dachverband von rund 100 im Natur- und Umweltschutz tätigen Verbänden verfügt er über einen großen Wissens- und Erfahrungsschatz, den er seinen Mitgliedern und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt.

Die EU-Koordinationsstelle des DNR informiert umfassend über europäische Politik, koordiniert europaweite Aktivitäten, vernetzt deutsche und europäische Partner und nimmt Einfluss auf die EU-Politik.

- ▶ [www.dnr.de](http://www.dnr.de), [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)

## Der Verlag

Mit seinen sechs Zeitschriften und einem stark expandierenden Buchprogramm ist der oekom verlag heute der führende deutschsprachige Fachverlag im Bereich Umwelt und Nachhaltigkeit. Seit beinahe zwei Jahrzehnten sorgen Expertinnen und Meinungsmacher aus Verbänden, Ministerien, Unternehmen und Instituten im oekom verlag für zukunftsreichen Lesestoff. So ist ein einzigartiges interdisziplinäres Netzwerk entstanden, von dessen Fachwissen, Analysen und Innovationsfreude Sie als LeserIn profitieren.

- ▶ [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

## Ja, ich entscheide mich für ein Abonnement von umwelt aktuell

Ich erhalte **umwelt aktuell** monatlich. Das Abo verlängert sich um ein Jahr, wenn ich nicht sechs Wochen vor Ablauf des Abonnements gekündigt habe.

Ich bestelle:

Privat-Abonnement: 58,- € / 92,80 CHF **per Fax: +49 (0)8191 / 97000-103**

Institutionen-Abo: 98,- € / 156,80 CHF

StudentInnen-Abo: 44,- € / 70,40 CHF (Die entsprechende Bescheinigung habe ich beigelegt.)

zusätzliches Online-Abo: 49,- € / 78,40 CHF

Alle Preise inklusive Mehrwertsteuer, zuzüglich Porto- und Versandkosten.

Probe-Abo (drei Ausgaben): 12,- € / 19,20 CHF (Pauschalpreis)

Firma, Funktion

Name, Vorname

Straße

PLZ/Ort/Land

Telefon, E-Mail

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb von 14 Tagen widerrufen kann.

Die Frist beginnt mit Abendung dieser Bestellung (Poststempel).

Datum, Unterschrift

Bitte freimachen!

Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG

Auslieferung oekom verlag

Andrea Seitz

Justus-von-Liebig-Straße 1

86899 Landsberg am Lech